

9. Juni 2012: Erstes Treffen der NEIN!-Idee Deutschland in Hannover

Für eine bessere Politik durch die etablierten Parteien

Mit dem Fokus auf den Landtagswahlen in Niedersachsen am 20. Januar 2013 konzentrieren sich die Aktivitäten der am 1. April 2012 gegründeten Bundespartei NEIN!-Idee auf die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover. Das erste Treffen der NEIN!-Idee [1] im schönen Restaurant 'Vier Jahreszeiten' [2], Waldhausenstraße 1, 30519 Hannover, Telefon: 0511 84 1212, startet am 9. Juni 2012 um 12.30 Uhr mit einem Mittagessen, das Gelegenheit zum Kennenlernen bietet.

Die NEIN!-Idee für eine bessere Politik

Parteimitglieder berichten, was in Zukunft geplant ist und Nichtmitglieder sind herzlich eingeladen, ebenfalls aktiv auf eine bessere Politik durch die etablierten Parteien hinzuwirken. Anmeldungen sind per E-Mail kontakt at nein-idee.de erbeten. Soweit die Wohnorte von Teilnehmern mitgeteilt werden, wird zentral zu Fahrgemeinschaften angeregt. Die NEIN!-Idee erzwingt konstruktiven Druck auf die etablierten Parteien und Politiker zu einer besseren Politik für die Menschen.

Alle Unterlagen zur NEIN!-Idee, auch der Flyer zur Fussball-Europameisterschaft 2012, sind über www.NEIN-Idee.de erhältlich: Parteiprogramm, Mitgliedsantrag und Satzung, Finanzordnung und Schiedsgerichtsordnung. Die 2.000 Unterstützerunterschriften für die Landtagswahl Niedersachsen am 20. Januar 2013 werden schneller erreicht, indem zur Fussball-Europameisterschaft 2012 ein Gewinnspiel durchgeführt wird. Die Gewinnspiel-Flyer werden vor Fanmeilen in den größeren Städten wie Hannover und in weiteren niedersächsischen Städten verteilt und sind auf dem Internetauftritt der Bundespartei per Download erhältlich. Zu gewinnen ist ein iPad 3 im Wert von 500 Euro.

Auftaktveranstaltung der NEIN!-Idee in Hannover am 9. Juni 2012

Die Flyer-Aktion mit dem Preisausschreiben der NEIN!-Idee beginnt um 16 Uhr. Thema des Flyers ist die Fußball-Europameisterschaft 2012. Der 9. Juni 2012 ist der erste Spieltag der deutschen Nationalmannschaft. Das Interesse der vielen Fussball-Fans am ersten Spieltag ist groß. Daher ist die Gelegenheit gut geeignet, Fussballfreunde mit dem Flyer anzusprechen. Die Parteimitglieder der Nein!-Idee und die Parteifreunde gehen gemeinsam zum 'Platz der Göttinger Sieben', verteilen dort Flyer und sprechen im Idealfall mit vielen Leuten. Dies ist nur der Auftakt der Aktion, denn es wurden 50. 000 Flyer gedruckt, die im ganzen Land Niedersachsen auf ähnlichen Veranstaltungen verteilt werden. Es geht darum, dass die NEIN!-Idee von vielen Menschen wahrgenommen wird.

Lobbyismus und verkrustete Parteienlandschaft

Die NEIN!-Idee wurde gegründet, weil die machtpolitischen Verhältnisse in Deutschland und in anderen Staaten zu immer mehr Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit führen. Es gibt durch Lobby-Organisationen geförderte Eliten und von Behörden alimentierte Menschen, die einen finanziellen Nutzen oder andere Vorteile aus den gegenwärtigen Strukturen ziehen. Diese materiellen und freiheitlichen Vorzüge zugunsten weiter Bevölkerungsteile gehen auf Kosten Vieler und schränken die mögliche geistige und materielle Wohlfahrt aller Menschen ein. Die Früchte ehrlicher Arbeit und geistiger Leistungen werden durch Steuern und Abgaben abgeschöpft.

Oft sind es mehr als 40 Prozent aller Wahlberechtigten, die nicht an Wahlen teilnehmen oder ungültige Stimmen abgeben. Andere wählen etablierte Parteien, um ihre derzeitigen Vorteile zu wahren. Allerdings wird offensichtlich, dass die Umverteilung, die zu einer wachsenden Staatsquote von bereits über fünfzig Prozent aufgrund des Zinseszins-Effektes an Grenzen stösst. Soziale Gerechtigkeit ist eine Fiktion, die einen Wildwuchs an Bürokratie hervorbringt. In Wirklichkeit zählen nur Arbeit und Talente, die individuelle Ergebnisse erzielen, um sich und wirtschaftlich Abhängige in Familien und Gemeinden zu versorgen. Immer mehr Menschen verarmen und resignieren. Immer mehr Unternehmen gehen in Konkurs und immer mehr Behörden sind hoffnungslos überschuldet. Der Sozialstaat erstickt an seinen Wohltaten und nichthoheitlichen Aufgaben, die immer schwieriger zu finanzieren sind.

Dort, wo Kandidaten der NEIN!-Idee direkt oder über Listen in Gemeinderäten, in Landtagen und schließlich im Deutschen Bundestag und im Europaparlament Sitze erhalten, erzwingen diese Mandatsträger durch ihre Nein-Stimmen zu destruktiver Politik ein Umdenken in etablierten Parteien. Nur Diktaturen können den Willen von Wahlberechtigen einschränken. Somit besteht in der Krise die Chance, durch www.NEIN-Idee.de ohne Verteilungskriege und ohne Bürgerkriege im Laufe der Jahre europaweit und weltweit ein Umdenken zu erzwingen und andere wirtschaftliche und freiheitliche Verhältnisse durch eine friedliche Revolution herbeizuführen.

Quellen:

[1] www.nein-idee.de/erstes-treffen-der-nein-idee-deutschland-in-hannover

[2] www.restaurant-vieriahreszeiten.de

Pressekontakt

publicEffect

Herr Hans Kolpak Fabrikstr. 2 66981 Münchweiler an der Rodalb

NEIN-Idee.be Hans.Kolpak@NEIN-Idee.be

Firmenkontakt

NEIN!-Idee

Herr Michael König Teichstr. 1a 21698 Harsefeld

NEIN-Idee.de Kontakt@nein-idee.de Die am 1. April 2012 in Deutschland als politische Partei gegründete NEINI-Idee gibt Nichtwählern und Politikverdrossenen eine gleichberechtigte Wahlstimme. Der Antrag auf Anerkennung als Bundespartei wurde beim Bundeswahlleiter gestellt. Die NEINI-Idee ist aufrichtig, ehrlich und repräsentiert exakten Wählerwillen. Die NEINI-Idee ist basisdemokratisch und transportiert politische Meinungen und Wählerwillen durch Mandatsträger in die Parlamente und Gemeinderäte. Wähler der NEINI-Idee geben Nichtwählern eine Stimme ohne Parteiprogramm und ohne Ideologien, frei von Wahlversprechungen und Wahlgeschenken. Bislang waren Nichtwähler weder in den Parlamenten, noch in den Gemeinderäten vertreten. Die NEINI-Idee einst die einzige Partei, die immer kleiner wird, je mehr politisches Handeln den Interessen von Bürgern dient. Sollte ein Mandatsträger im Namen der NEINI-Idee eine Entscheidung der übrigen Parteien mittragen, so wird er umgehend aus der Partei ausgeschlossen. Ausgenommen sind Abstimmungen, die Bürgern Entscheidungsgewalt übertragen.

Anlage: Bild

